

HANNA BEHREND

Universalismus und Differenz



Hanna Behrend – Jg. 1922; Dr. phil. habil., geboren in Wien, seit 1946 in Ost-Berlin lebend, studierte Geschichte und Anglistik und war Dozentin für englische Sprache und Literatur an der Humboldt Universität zu Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen über deutsche und englische Geschichte und Literatur, über marxistische und feministische Literaturtheorie, Literatur schwarzer Schriftstellerinnen, seit der Wende auch über ostdeutsche Probleme. Seit 1994 Herausgeberin der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«.

Universalismus, Aufklärung und Marxismus versus Differenztheorie, Partikularismus und Poststrukturalismus

Für viele Linke und speziell linke Feministinnen, die sich der Tradition des Universalismus, der Aufklärung oder des Marxismus verpflichtet fühlen, sind die poststrukturalistischen Überlegungen zu Differenz oder zum Partikularismus überflüssig oder sogar inakzeptabel. Relativistische, ahistorische und apolitische Auffassungen im Poststrukturalismus besonders zur Differenz und zum Subjekt bedienen sich – nicht anders als sich der »Marxismus-Leninismus« im Realsozialismus – nicht selten bei Marx und Engels. Dazu hat sich Rosemary Hennessy im *Argument* (2/3 1999: 279-287) kritisch geäußert. Ihre Kritik ist für den Diskurs paradigmatisch. Sie – wie viele andere auch – hält den Poststrukturalismus für inkompatibel mit der universalistischen marxistischen Tradition, weil er pauschal als eine theoretische Grundlage des neoliberalen akademischen Spätfeminismus angesehen wird.

Ich kann hier keinen historischen Abriß der poststrukturalistischen Theorie geben und verweise daher auf Chris Weedons *Feminist Practice & Poststructuralist Theory* (1987), der meines Erachtens noch immer transparentesten Darstellung der historischen Genese poststrukturalistischer Theoreme und deren Verhältnis zur feministischen Praxis. Mir geht es vielmehr darum nachzuweisen, daß sich das universalistische Erbe der Aufklärung, der klassischen Philosophie und des Marxismus mit poststrukturalistischen Vorstellungen zur Differenz und zum Subjekt verbinden läßt und diese die universalistischen Positionen präzisieren können. Dabei möchte ich herausarbeiten, daß poststrukturalistische oder postmoderne Theorieansätze keineswegs »die ideologische Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung« ausblenden, noch »das gesellschaftliche Sein vor allem als symbolisch und unstrukturiert sehen und ... die Auseinandersetzung mit lokalen Differenzen für den zivilisatorischen Fortschritt der Moderne halten«.

Unsere heutige Wirklichkeit: Risikoregime bei fehlenden historischen Akteurinnen und Akteuren

Die von den Feministinnen herausgestellte Erkenntnis, daß jede bisherige Klassengesellschaft gleichzeitig eine patriarchale Gesellschaft war, bedeutete das Ende von Überlegungen, die im Klassenwiderspruch den ausschließlich oder in erster Linie bestimmenden gesellschaftlichen Interessenkonflikt sahen. Geschlechterkonflikte können

vorrangig an den Klassenauseinandersetzungen beteiligt sein, die Klassenzugehörigkeit kann andererseits die Form bestimmen, in der der Geschlechterkonflikt in Erscheinung tritt. Analoges gilt auch für ethnische, religiöse, nationale und andere Konflikte: Stets spielen mehrere Konflikt- und Interessenebenen bei der Herausbildung sozialer Bewegungen und der Identität darin involvierter gesellschaftlicher Subjekte eine Rolle. Dem Bild von zwei im Kampf miteinander stehenden antagonistischen Hauptklassen der Gesellschaft, die jeweils ihre Verbündeten um sich scharen, das nur eine Facette der Entwicklung moderner menschlicher Gemeinschaften reflektiert, steht aus poststrukturalistischer Sicht der Klassenwiderspruch als Teil eines *Widerspruchsclusters* gegenüber, auf das auch Geschlechter-, ethnische, nationale, religiöse, generationsmäßige, sexuelle und andere Konflikte einwirken.

Die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung hat seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen erheblich zugenommen. Erstmals in der Geschichte gestattet die Entwicklung der Produktivkräfte eine so ungeheure Steigerung menschlicher Produktivität, daß die utopische Vision von Wohlstand und gutem Leben für alle Menschen auf der Welt objektiv realisierbar wird. Gleichzeitig erweisen sich aber die Produktionsverhältnisse in einem auch von Marx nur erahnten Maße als Fesseln. Sie blockieren nicht nur die neue Wohlstandspotenz. Herrschende und Beherrschte, Arm und Reich, Norden und Süden, Männer und Frauen werden in neuen Dimensionen polarisiert. Diese tiefgreifenden Veränderungen, die sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abzeichnen, werden von einigen Theoretikerinnen und Theoretikern als *Postfordismus* bezeichnet.

Diese Phase der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft war von industrieller Massenproduktion, Massenkonsum, einer relativ homogenen Arbeiterklasse mit einer eigenen Kultur, dem männlich bestimmten Vollarbeitstag, Phasen relativer Vollbeschäftigung und sozialstaatlicher Fürsorge für temporär Unbeschäftigte und Arbeitsunfähige gekennzeichnet. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer neuen Etappe abgelöst, die Ulrich Beck das *Risikoregime der zweiten Moderne* nennt.

Diese Situation der allgemeinen Entsicherung bringt es einerseits mit sich, daß die von diesem Risikoregime Betroffenen ebenfalls äußerst unterschiedlich sind. Die eskalierende Zahl von nicht mehr nur vorübergehend Ausgegrenzten, von zu alten, nicht genügend qualifizierten, nicht genügend mobilen und flexiblen oder durch die Arbeit nach wenigen Jahren und lange vor jedem Rentenanspruch ausgebrannten Menschen ist bisher wegen eben dieser Heterogenität gerade kein Reservoir für gesellschaftliche Akteure. Soziale, Qualifikations-, Geschlechts-, nationale, ethnische, religiöse, politische und andere Differenzen, der unterschiedliche soziale Status als Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte, mehrfach prekär Beschäftigte, noch in hochqualifizierten gut bezahlten Positionen Tätige usw. verhindern, daß zwischen ihnen eine Interessengemeinschaft aus sozialer oder ökonomischer Übereinstimmung zustandekommt.

Dennoch haben andererseits überwältigende Mehrheiten der Weltbevölkerung ein objektives Interesse an der Umwandlung der Pro-

»In den letzten dreißig Jahren hat sich die Neue Linke in unserer überentwickelten Welt immer mehr in akademische Bereiche zurückgezogen. Infolgedessen wurden marxistisch-feministische Bemühungen, die ideologische Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung zu analysieren, von postmodernen, darunter auch feministischen, Identitäts- und Differenztheorien ausgeblendet. Es handelt sich um Theorien, die das gesellschaftliche Sein vor allem als symbolisch und unstrukturiert sehen und die die Auseinandersetzung mit lokalen Differenzen für den zivilisatorischen Fortschritt der Moderne halten. Die kapitalistische politische Ökonomie bleibt davon unberührt.«

Rosemary Hennessy in: *Das Argument*, 2/3 1999, S. 285.

Charakteristisch für dieses Risikoregime ist nach Beck, daß dieses Regime die Armut »dynamisiert«, ... sie wird zu einer »normalen«, immer öfter nicht mehr nur vorübergehenden Erfahrung auch der gesellschaftlichen Mitte. ... Das Risikoregime und mit ihm das hochambivalente Modell der »prekären Vollbeschäftigung« erfasst und verändert immer größere Teile der Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Menschen. Das vollzieht sich nicht nur im Bereich der gering qualifizierten, sondern auch der hochqualifizierten Jobs. ... Endemische Unsicherheit ist das Merkmal, das die Lebenswelt und Lebensgrundlage der Mehrheit der Menschen – auch in der scheinbar wohlhabenden Mittelschicht in Zukunft kennzeichnet.« Ulrich Beck in: Berliner Journal für Soziologie, 4/99, S. 471f.

duktionsverhältnisse in solche, die eine menschen- und umweltgerechte Arbeits- und Lebensweise für alle ermöglichen, das heißt in eine, die das Risikoregime ablöst, welches die natürliche Umwelt und die Existenz großer Teile der menschlichen Gattung gefährdet.

Diese dringend gebotenen Veränderungen finden nicht statt, weil aus den genannten Gründen zur Zeit kaum geschichtliche Subjekte erkennbar sind, die sie herbeiführen könnten. Wie nach marxistischer so ist auch nach poststrukturalistischer Auffassung ohne die aktivierte Handlungspotenz von Individuen und sozialen Gruppen keine soziale Veränderung möglich. Große Teile der Betroffenen sind jedoch zur Zeit in politische Apathie verfallen, eine wachsende Zahl der potentiellen Akteurinnen und Akteure sieht in nationalistischen, rassistischen und anderen totalitären sowie fundamentalistischen Pseudoauswegen aus der Misere ihr Heil. Zu diesem politischen Niedergang haben nicht nur die Zersplitterung der Betroffenen, sondern auch das Ende der klassischen Arbeiterbewegung, die weder theoretisch noch praktisch verarbeitete Niederlage des Sozialismusexperiments und der unbefriedigende Zustand der theoretischen Reflexion der neuen »postfordistischen« Situation beigetragen.

Dies scheint mir die Ursache für die Heterogenität, Zersplitterung, Widersprüchlichkeit und sogar Inkompatibilität bestehender alternativer Projekte, Visionen, Theorien und Strategien zu sein. Ihre Zahl ist durchaus beachtlich, ihre gesellschaftsverändernde Wirkung jedoch marginal. Die Mehrzahl der sich derzeit vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen findet daher im Interesse der Herrschenden statt und führt weiter in die Barbarei.

Poststrukturalistische Theoreme als aktuelle Verallgemeinerungen von Realitätswahrnehmungen

Theoretische Positionen sind nach meiner Auffassung Verallgemeinerungen von Realitätswahrnehmungen. Diese werden wesentlich von den Interessenlagen der Theoretikerinnen und Theoretiker, aus ihrer Klassen-, Geschlechts-, ethnischen und anderer Zugehörigkeit determiniert. Je präziser solche theoretischen Verallgemeinerungen die Interessenlage der Unterdrückten, Diskriminierten, Ausgebeuteten widerspiegeln und mit systemkritischen und emanzipatorischen Zukunftsvisionen verknüpfen, desto eher eignen sie sich als Denkwerkzeuge zur Entwicklung von politischen Strategien, die Veränderungen in deren Interesse herbeiführen könnten. Alle theoretischen Verallgemeinerungen können jedoch von Herrschaftsdiskursen verinnahmt werden. Sie sind daher insofern *alle* ambivalent. Das macht die ständige kritische Beobachtung der in der politischen Praxis vor sich gehenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen und schnelles Reagieren darauf in der politischen Theorie und Praxis unabdingbar. Nur so kann dem ständigen Vereinnahmungsdruck seitens der Herrschenden standgehalten werden.

Was leisten nun poststrukturalistische Theoreme zur Differenz, zu Sprache und Bedeutung sowie vor allem zum Subjekt für eine aktuelle Widerstands- und Befreiungsstrategie und -praxis?

Theoretische Prämissen des Poststrukturalismus und Postmodernismus werden bestimmten Facetten des neuen, nicht mehr fordistischen patriarchalen Kapitalismus gerecht, weil der differenztheoretische

Ansatz die Heterogenität der Unterdrückten, die nun an die Stelle des relativ homogenen klassischen Proletariats getreten sind, besser widerspiegelt als der universalistische Diskurs, dessen Losungen »Alle Menschen werden Brüder« oder »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« waren. Der universalistische Gleichheitsgedanke hat – wie diese Losungen zeigen – die Schwestern beziehungsweise Proletarierinnen ausgeklammert oder bestenfalls stillschweigend als untergeordneten Teil aller Menschen mitgezählt. Dagegen bringt die poststrukturalistische Differenzauffassung vor allem Geschlecht und Ethnie, aber auch andere identitätsstiftende Merkmale zur Geltung und fordert deren Gleichbewertung. Eine emanzipatorische Strategie, die die differenten identitätsstiftenden Besonderheiten sozialer Gruppen unberücksichtigt läßt, kann die Zersplitterung der potentiellen historischen Subjekte nicht erklären, nicht bewußt machen und dadurch überwinden.

Es wird oft eingewandt, daß dort, wo Menschen über die Grenzen ihrer Herkunftskultur hinausgehend versuchen, sich für die existenziellen Menschheitsfragen zu engagieren, die »Differenz« keine Rolle spiele. Solche Einwände stammen fast immer von Angehörigen einer herrschenden Kultur; sie sind in aller Regel weiße, akademisch gebildete Mittelständlerinnen und Mittelständler, denen die Erfahrung der Zugehörigkeit zu einer Minderheits- oder untergeordneten Kultur fehlt. Die Zugehörigkeit zu einer unterdrückten Kultur mag in einer persönlichen Beziehung unter Umständen bedeutungslos sein. Die Zusammenarbeit zwischen Angehörigen herrschender und nicht herrschender Kulturen ist jedoch immer dann gefährdet, wenn Vereinnahmungs- und Delegitimierungserfahrung nicht thematisiert und bewußt überwunden wird. Hier ist der differenztheoretische Ansatz mit seinem Gleichwertigkeitspostulat unverzichtbar.

Auch in den Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westfrauen spielt(e) der Widerspruch von Gleichheit und Differenz eine beachtliche Rolle. Die Auffassung, die von Annedore Prengel 1990 in den vertreten wurde, hat sich in den letzten zehn Jahren immer wieder als richtig erwiesen: Sie plädiert für »die Dialektik von Gleichheit und Differenz«. Die Stärke der Gleichheitspolitik liege darin, daß sie »Ungerechtigkeit und Hierarchien bekämpft, ihre problematische Seite ist ihre Fixierung auf die herrschenden männlichen und eurozentrischen Normen und die Zerstörung aller anderen Lebensweisen im Gefolge eines auf Gleichheit reduzierten Emanzipationsweges ... Die pauschale Kritik an der Differenzstrategie ist ebenso falsch. Eine treffende Kritik muß differenzieren zwischen Verschiedenheit als Vielfalt der Lebensweisen und hierarchiebegründeter Ungleichheit« (beiträge zur feministischen theorie und praxis, 27/1990: 127f.).

Die Notwendigkeit, die Dialektik von Universalismus und poststrukturalistischen Auffassungen zu erkennen und für eine emanzipatorische Praxis zu nutzen, läßt sich auch an der poststrukturalistischen Diskurstheorie und am poststrukturalistischen Verständnis von Subjektivität, Erfahrung und gesellschaftlicher Praxis nachweisen. Aus dem sprach- und subjekttheoretischen Ansatz ergibt sich ein Verständnis von »Bedeutung als Kampfarenen, wo um die Interessen der Männer und Frauen gerungen wird« (Weedon: *Feminism, Theory and the Politics of Difference*, Oxford 1999: 102 – Übersetzung H.B.).

Dies heißt keineswegs, daß Bedeutung beliebig festgelegt werden kann und damit alle Bedeutung gleichermaßen relativ ist. Es geht vielmehr darum, den parteilichen, historisch je spezifischen und interessengeleiteten Charakter aller Theorie und Praxis in seiner transitorischen Beziehung zu Zeit und Raum zu erkennen und daraus für die politische Praxis strategische Schlußfolgerungen abzuleiten.

Die oft allzu pauschale Kritik von Poststrukturalistinnen und Poststrukturalisten am Marxismus, dem der Anspruch unterstellt wird, eine einzige objektive Wahrheit zu transportieren, übersieht, daß auch für Marx Wahrheit stets historisch und (klassen)interessengeleitet war. Der poststrukturalistischen Auffassung zufolge gibt es die verschiedenen Wahrheiten der miteinander konkurrierenden Diskurse. Ihr Status wird in der durch die bestehenden Machtverhältnisse hierarchisch strukturierten Ordnung bestimmt (vgl. Weedon 1999: 108). Diese These scheint mir keineswegs besonders weit von der marxistischen These entfernt zu sein.

Keinesfalls öffnet die Anerkennung historisch und interessenmäßig unterschiedlicher Wahrheiten einem apolitischen Relativismus zwangsläufig Tür und Tor. Vielmehr ermöglicht sie – insofern mit dem historischen Materialismus durchaus kompatibel, ja verwandt – eine präzise zeitlich-historische, lokale und soziale Verortung von Aussagen.

Auch die poststrukturalistischen Vorstellungen vom Individuum sind nur dann mit marxistischen subjekttheoretischen Vorstellungen unvereinbar, wenn diese vom Subjekt als einem stabilen, mit einem festgefügt (Klassen-)Bewußtsein ausgestatteten Wesen ausgehen. Auch moderne marxistische subjekttheoretische Überlegungen räumen identitätsstiftende Widerspruchsverarbeitung durch das Subjekt ein. Poststrukturalistische Überlegungen gehen nur insofern weiter, als sie das Individuum als an sich instabil, als sich ständig aufs neue konstruierend sehen. Es ist sowohl Ort als auch Akteur diskursiver Auseinandersetzungen um seine Identität, die sich daher immer wieder aufs neue konstituiert. Seine Handlungsmotivationen spiegeln seine widersprüchliche Verarbeitung bestehender Konflikte und Machtverhältnisse wider, zu deren Kontinuität und Festigung es ebenso beiträgt wie zu ihrer Infragestellung und Veränderung. Diese Widersprüchlichkeit ergibt sich aus dem Konflikt zwischen den objektiven Interessen des Individuums, die Diskontinuität einfordern, und seiner Verhaftung im Herrschaftsdiskurs, die das Moment der Kontinuität befördern. Widerständige oder subversive Diskurse als gesellschaftliche Optionen, die den Interessen von Unterdrückten und Ausgegrenzten entsprechen, bedürfen handelnder Subjekte, ihrer Institutionen und politischen Praxen, und damit allerdings einer relativen Stabilität, um gesellschaftliche Veränderungen auszulösen.

Das steht zwar in einem dialektischen, nicht aber in einem unlösbaren Widerspruch zur prinzipiellen Instabilität des Individuums oder zur transitären Natur der Institutionen und politischen Praxen. Weedon verweist zum Beispiel auf den Gleichberechtigungsdiskurs und gibt zu bedenken, daß dieser sich durchaus auch gegen die Interessen der Frauen auswirken könne. Nur durch die Analyse eines Diskurses *in process* kann ermittelt werden, welche Interessen durch ihn zum gegebenen Zeitpunkt tatsächlich bedient werden (vgl. Weedon 1987: 111).

»Das Gleichheitspostulat wird auf neue radikale Weise eingelöst, indem den heterogenen Lebensweisen gleiches Recht zugesprochen wird. Gleichheit ist damit Bedingung der Möglichkeit von nichthierarchischen Differenzen. ... Differenz ohne Gleichheit bedeutet gesellschaftlich Hierarchie, kulturell Entwertung, ökonomisch Ausbeutung. Gleichheit ohne Differenz bedeutet Assimilation, Anpassung, Gleichschaltung, Ausgrenzung des ›Anderen‹.«
Annedore Prengel: Thesen zu einem demokratischen Differenzbegriff, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 27/1990, S. 131; zitiert nach Hanna Behrend: Die ostdeutschen Schwestern als die neuen »Anderen«: Beziehung der Differenz zwischen sozial Ungleichen oder gleichwertige Partnerinnen?, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 54/2000.

Die Dialektik von Poststrukturalismus und universalistischer Tradition

Der Universalismus und seine Menschenrechtskonzeption legitimiert den Anspruch jedes Menschen, jeder Frau und jedes Mannes, in jedem Teil der Erde auf Leben und auf Verwirklichung aller individueller Potenzen. Er war und ist für die Befreiungskämpfe in aller Welt unverzichtbar. Ohne diesen Anspruch aber kulturell und historisch, klassen- und geschlechtsspezifisch, ethnisch, sozial, religiös, regional usw. zu untersetzen, läuft er darauf hinaus, daß das, was Menschenrecht ist, aus der Sicht des aus westlichen industriestaatlichen Zusammenhängen stammenden »weißen« Mannes definiert wird. Bisher unterdrückte und marginalisierte soziale Gruppen müssen sich daher die Definitionsmacht über Menschenrechte aneignen und ihre, den eigenen Interessen entsprechenden Ansprüche geltend machen. Da in unserer patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft das hierarchische Machtgefüge darüber entscheidet, welche Ansprüche sich durchsetzen können, wird es letzten Endes darauf ankommen, dem bestehenden Machtgefüge, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf der patriarchalen Teilung von Arbeiten zur Reproduktion der Lebensmittel von Arbeiten zur Reproduktion des Lebens beruht, eine vielfältige Interessen repräsentierende Gegenmacht entgegenzustellen. Zu deren Konstituierung bedarf es theoretischer Überlegungen, die das objektive Wesen und die potentiellen Entstehungsbedingungen einer solchen Gegenmacht möglichst präzise zu definieren vermögen. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, die in der sozialen und politischen Praxis der Unterdrückten gewonnenen Erfahrungen einzuordnen, zu bewerten und zu verallgemeinern. Der so entstandene subversive Diskurs kann zu einem wesentlichen Instrument der Herausbildung einer solchen Gegenmacht werden.

Gleichheit als Bedingung der Möglichkeit von nichthierarchischen Differenzen bedarf der marxistischen wie der poststrukturalistischen Einsichten in den parteilichen, historisch je spezifischen und interessegeleiteten Charakter aller Theorie und Praxis. Dieser gemeinsame Anspruch wird durch die poststrukturalistische Auffassung vom sozial über Diskurse immer wieder neu konstruierten Subjekt präzisiert. Seine je aktuelle Wahrheit und damit Handlungsmotivation erwächst in der Kampfarena der miteinander konkurrierenden Diskurse, »wo um die Interessen der Männer und Frauen gerungen wird« (Weedon 1999: 102). Das poststrukturalistische Subjektverständnis und die damit verbundenen Auffassungen zu Differenz, Wahrheit und Bedeutung werden der realen Situation und der Konstitution historischer Subjekte in unserer Zeit gerechter als bisherige Analysen der ideologischen Konstruktion von Geschlechts- und Rassendifferenzen relativ zur Klassenspaltung. Die poststrukturalistische Sicht auf das gesellschaftliche Sein begreift seinen pluralen und differenten, widersprüchlichen und gegenläufigen Charakter umfassender und präziser, als das in bisherigen marxistischen Analysen der Fall war. Neue strategische Ansätze für wirklich tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen sollten daher auf diese Erkenntnisse nicht verzichten.